

16. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

127. Sitzung

Mittwoch, 30. September 2020

TOP 6

**„Verfahrensregelung zur Beteiligung des Landtags gemäß § 3 des  
Gesetzes zum Erlass von infektionsschützenden Maßnahmen“**

**Drucksachen 16/8859**

Rede von

**Nicole Razavi MdL**

Parlamentarische Geschäftsführerin und stellvertretende  
Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion

*Es gilt das gesprochene Wort!*

**Abg. Nicole Razavi MdL (CDU):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wie sehr das Coronavirus und seine Folgen auf unser Leben und auch auf unsere Arbeit einwirken, haben wir heute auch in der Parlamentsdebatte gehört und erlebt. Es gibt kaum einen Tagesordnungspunkt, in dem dieses Thema keine Rolle spielt.

Das Virus hat unser Zusammenleben in seinen Grundfesten erschüttert und unser Leben gewissermaßen auf den Kopf gestellt. Nur langsam tasten wir uns in ein normales Leben mit dem Virus zurück, aber es ist halt ein anderes Normal.

Einschneidende Maßnahmen mussten rasch getroffen werden. Sie haben alle Bereiche betroffen und betreffen alle Bereiche: die sozialen, die kulturellen und unser wirtschaftliches Leben. Warum musste dies sein? Weil der Staat das Notwendigste tun muss, um seine Bürger zu schützen; weil das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit ein hohes Verfassungsgut ist; weil wir dazu verpflichtet sind, die Menschen unseres Landes vor Ansteckung, vor Krankheit und vor dem Tod durch das Coronavirus zu bewahren.

Wir erleben allerdings auch, dass das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit in einem Spannungsverhältnis zu anderen Grundrechten steht: zu Glaubensfreiheit, zu Versammlungsfreiheit, zu Berufsfreiheit und zum Recht auf Freizügigkeit. Genau in diesem Spannungsverhältnis müssen wir die richtige Balance finden.

Das ist ein kontinuierlicher Prozess, der nicht nur der Landesregierung, sondern auch diesem Parlament und uns Abgeordneten obliegt. Das haben wir ja auch eingefordert. Das Parlament hat am 22. Juli mit der Verabschiedung des Pandemiegesetzes entschieden, dass wir uns mit den Corona-Verordnungen beschäftigen und über sie diskutieren und auch abstimmen. Wir haben uns selbst in die Pflicht genommen, selbst abzuwägen und zu entscheiden, welche Einschränkungen notwendig sind und welche Beschränkungen aufgehoben werden können.

Wir haben das bewusst und mit großer Mehrheit getan, weil wir wollen, dass das Parlament in diesen Prozess besser eingebunden und an diesem Prozess beteiligt wird, weil wir eine stärkere Balance zwischen Regierung und Parlament wollen und weil wir hier im Parlament oder in den Ausschüssen über Gebote und Verbote, über Beschränkungen und Lockerungen beraten wollen, und zwar bevor sie in Kraft treten. Genau das tun wir heute. Das ist richtig, und das ist gut so; denn die Diskussion und die Abstimmung über die Corona-Verordnungen in diesem Parlament stärkt die demokratische Legitimation.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Landtag als Vertreter des Volkes ist die Herzkammer unserer Demokratie. Diese Mitbestimmung des Parlaments ist unser Recht, aber auch unsere Pflicht. Hier in diesem Hohen Haus ist auch der rechte Platz für die Debatte über eine Pandemie, die so umfassend um sich greift und die Maßnahmen erforderlich macht, die einen jeden von uns ganz spürbar im Alltag betreffen.

Wir werden künftig auch in den Ausschüssen öffentlich über die Corona-Verordnungen beraten. Dafür hat der Ständige Ausschuss heute Früh einstimmig den Weg frei gemacht. Wir werden jetzt auch die Geschäftsordnung in diesem Punkt ändern. Das zeigt, wie wichtig es uns ist, die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes mitzunehmen. Alle Interessierten können künftig über einen Livestream ein ungefiltertes Bild davon bekommen, wie das Parlament über die Corona-Verordnung diskutiert, das Für und Wider abwägt und dann entscheidet.

Wir, die CDU-Fraktion, sind bereit, diese Verantwortung für unsere Bürgerinnen und Bürger zu übernehmen und für unser Land zu tragen. Wir wollen eben nicht, wie wir es zurzeit in den USA sehen können, dass ein Teil der Bevölkerung aus wahltaktischen Gründen zurückgelassen wird. Wir wollen nicht, dass die Erfolge der bisherigen Pandemiebekämpfung, die durch Disziplin, durch Fürsorge, durch Zusammenhalt und durch Achtsamkeit der Menschen unseres Landes erreicht wurden, leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Wir wollen nicht populistisch und schnell ein Ende aller Maßnahmen fordern, weil wir wissen, dass dies nicht nur die Dynamik der Infektion beschleunigt, sondern auch den Tod der Menschen bedeuten würde.

Ohne Zweifel: Die Einschränkungen und Beschränkungen sind für jeden und für jede von uns belastend, aber sie sind notwendig und erforderlich. Für die CDU gilt weiterhin: So wenig Beschränkungen wie möglich und so viel Freiheit und so viel Lockerungen wie möglich.

Wohin aber Unvernunft und übereilte Lockerungen führen, sehen wir an punktuell steigenden Infektionszahlen hier im Land, in Europa, aber auch weltweit.

Deswegen an die FDP/DVP gerichtet: Ihre Anträge sind gut gemeint, und es wäre auch uns am liebsten, wenn wir sie mittragen und damit auch einen Schritt mehr hin zur Normalität gehen könnten. Wir tun aber – so glaube ich – den Busunternehmen, den Schaustellern, den Weihnachtsmärkten, den Schulen gerade in der jetzigen Zeit, in der die Zahlen wieder

steigen, keinen Gefallen, wenn wir jetzt lockern und leichtsinnig werden. Das hilft niemandem. Deswegen müssen wir die Anträge jetzt leider ablehnen.

Wenn die Zahlen besser sind, sind wir die Ersten, die diesen Weg zu mehr Lockerungen mitgehen werden. Es ist eben, wie es ist. Das Virus ist nicht weg. Wir müssen jetzt alle gemeinsam verhindern, dass das Corona-Virus einen nicht mehr beherrschbaren Verlauf nimmt. Dem trägt die neue Corona-Verordnung, die uns vorliegt, mit maßvollen Änderungen Rechnung.

Dass wir bislang besser als andere durch die Krise gekommen sind, hat ganz klare Gründe. Wir waren vorausschauender, wir waren mit unseren Maßnahmen rechtzeitig dran, und wir haben verantwortungsvoll gehandelt.

Unser Staat hat eben in dieser Krise gezeigt, wie handlungsfähig er ist, und unser Gesundheitssystem war zu keinem Zeitpunkt überfordert. Wir verzichten auf vieles, was uns Freude macht. Wir schränken uns ein, wir halten Ängste aus, und wir sind diszipliniert. Dass wir deswegen so gut dastehen, ist vor allem ein Verdienst der Menschen in diesem Land.

Dieser Erfolg, meine Kolleginnen und Kollegen, gibt uns Zeit zum Luftholen. Wir dürfen den jetzt nicht aufs Spiel setzen. Deswegen wird die CDU-Fraktion der Corona-Verordnung zustimmen.

Vielen Dank.